



Programm der Bürgerallianz Deutschland

Arbeit

Arbeit muss sich wieder lohnen. Was abgedroschen klingt, ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Angesichts steigender Steuer- und Abgabenlast, stellt sich für immer mehr Bürger die Frage, was netto übrig bleibt zum Wohnen und Leben. Wenn der Bürger nachhaltig kaufen, in Wohneigentum investieren und für die Rentenzeit sparen soll, muss er sich das auch leisten können. Deshalb muss die Arbeit in Deutschland gut und gerecht bezahlt werden. Ost-West-Unterschiede müssen ein Ende haben. Qualifizierte Fachkräfte wollen wir in unseren Rechtsstaat und unsere Sozialsysteme aufnehmen, sofern sie hier heimisch werden wollen. Ein stabiler Rechtsstaat und ein funktionierender Sozialstaat sind für zugewanderte Fachkräfte genauso attraktiv wie für einheimische. Die Aufnahme von regulärer Arbeit wirkt integrativ. Unser Sozialstaat ist ein sehr hohes Gut, das die Bevölkerung friedlich beieinander hält. Ihn national zu finanzieren, aber international zu verteilen, wird auf Dauer in der Bevölkerung nicht akzeptiert und den Sozialstaat sprengen. Sich in der aufnehmenden Gesellschaft nützlich zu machen, ist eine grundlegende Verfahrensweise. Das muss in Zukunft auch in Deutschland gelten.

Bildung

Im Bildungsbereich hat Deutschland an Boden verloren - vor allem durch zu spät gestarteter Digitalisierung. Ausstattungsmängel, zu wenig Onlineangebote, überfüllte Lehrpläne und demotivierte überalterte Lehrkörper sowie Lehrermangel gehören ebenfalls zu den Gründen.

Wir wollen Bildung künftig als Investitionskosten und nicht als konsumtive Ausgaben verstanden wissen. Sie sollen bei den Haushaltsverhandlungen Vorrang haben. Angesichts knapper Rohstoffe ist Knowhow die größte deutsche Ressource. Gute Bildung für Alle soll "Made in Germany" international wieder wettbewerbsfähig machen.

Die verringerte Anzahl von Schulabgängern hat in den letzten Jahren den Problembereich der Fachkräftesicherung in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Dies betrifft insbesondere auch den Bereich der beruflichen Bildung, in dem – politisch gewollt und medial unterstützt – der Karriereweg über ein Studium präferiert wurde. So entstand das Paradoxon, dass zeitgleich international der Wert des deutschen dualen Ausbildungssystems für eine organisch wachsende Wirtschaft erkannt wurde, während in Deutschland selbst das Interesse am Ergreifen eines Ausbildungsberufs zurückging. Hier gilt es neue Wege zu beschreiten, die die Berufswahl wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Parallel gilt es aber das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass eine Berufsausbildung keine Sackgasse in Bildungsbiografien darstellt. Dazu sollten Angebote entwickelt werden, die speziell auf die Zielgruppe von Facharbeitern zugeschnitten sind.

Wir streben bundesweit einheitliche Bildungsstandards orientiert an den besten Schulsystemen Deutschlands an. Das mehrgliedrige Schulsystem sowie die Förderschulen möchten wir erhalten.

Wir sind uns der herausragenden Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für unser Gemeinwohl bewusst. Forschung generiert Innovationen und Fortschritt. Wir erkennen die Freiheit von Wissenschaft und Forschung an. Diese findet ihre Grenzen aber da, wo die Würde des Menschen berührt wird. Wir setzen voraus, dass die Freiheit von Wissenschaft und Forschung auch die Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen beinhaltet und diese mit ihren Ergebnissen nicht gefährdet. "KI" hat eine dienende Funktion. Am Ende entscheidet der Mensch.



Bürgerbeteiligung

Aufbauend auf der Tradition der Runden Tische von 1989/1990 und der Funktionsweise von Demokratie in der Schweiz, setzen wir auf Konkordanz. Uns ist es wichtig, für politische Entscheidungen so breit wie möglich Unterstützung zu generieren. Dafür beziehen wir auch die Opposition und die von Entscheidungen Betroffenen stärker ein. Der Bundespräsident soll direkt vom Volk gewählt werden. Listenverbindungen vor Wahlen sollen politischen Kräften den Einzug ins Parlament ermöglichen, wenn sie gemeinsam die 5%-Hürde überspringen. Dies hilft Kräfte zu bündeln und sich zu verbünden, statt dass die Sorge vor Zersplitterung des Parlaments beschworen wird.

Bundesweite Initiativen und Volksentscheide sollen möglich sein. Die Schweiz macht es vorbildlich vor. So auch bei der breiteren Einbeziehung der Bürger in die Ausgabenplanung und die damit verbundenen Einnahmennotwendigkeiten beginnend in den Kommunen aufwärts.

Bürokratieabbau

Das hohe Lied vom Bürokratieabbau wird stets vor Wahlen gesungen. Nach der Wahl passiert das Gegenteil. Immer mehr Vorschriften, Verordnungen und Gesetze - beginnend im Europaparlament in Brüssel und allen Außenstellen und fortgesetzt im Bundestag in Berlin und in den Landeshauptstädten. Wir wollen Rechtsvorschriften mit "Verfallsdatum". Was sich bewährt, kann verlängert werden. Für jedes neue Gesetz müssen zwei alte gestrichen werden. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind von überflüssiger Bürokratie, zum Beispiel beim Zuschusswesen, bei Genehmigungsverfahren, der Paragraphenpflicht für den Radius der Fahrten im Handwerk und dem Vergaberecht zu befreien. Daher ist eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung nötig, die die Ansiedlung von Unternehmen wieder stärker fördert und diese Fragen im Auge behält.

Familie

Familie ist überall dort, wo sich Erwachsene um das behütete Aufwachsen von Kindern kümmern, sie fordern und fördern. Für Deutschland streben wir eine höhere Geburtenrate zur Stabilisierung der Bevölkerungszahlen an. Dazu bedarf es der Stärkung von Ehe, Familie und Kindern.

Der Schutz der Familie ist für den Fortbestand Deutschlands von hoher Bedeutung. Wenn junge Menschen nicht mehr an Nachwuchs denken, sich von Kindern eher behindert fühlen – zum Beispiel in der Karriere – dann hat dies schwerwiegende Konsequenzen – beispielsweise für die deutsche Wirtschaft und die Sozialsysteme. Mütter und Väter haben ein Recht darauf, familienbedingte Kurzarbeitszeit nach Bedarf zu erhalten und danach auch wieder abzuwählen. Wir brauchen flexible und verlängerte Öffnungszeiten von Kindertagesstätten, die vom Land finanziert werden. Die Garantie für einen KITA-Platz sollte im Arbeitsvertrag vom Arbeitgeber als Bestandteil angeboten werden.

Wir setzen auf die Weiterentwicklung des Ehegattensplittings zum Familiensplitting. 1600 Euro für jedes Familienmitglied sollen monatlich steuerfrei sein. Außerdem soll für Familien ein pauschaler Steuersatz von 25% gelten. Bei Pflege zu Hause steigt der Steuerfreibetrag für den zu Pflegenden auf 2000 Euro. Damit erreichen wir eine Vereinfachung des Steuerrechts und ein Ende der ungerechten Besteuerung kleiner Renten an der richtigen Stelle.

Wir wollen ein „Kindergeld vor der Geburt“ einführen und das Landeserziehungsgeld für Eltern verbessern. Wir schaffen damit auch mehr Augenmerk und Verantwortung für das ungeborene Leben. Kinder sollen bei der Rentenberechnung mehr Gewicht bekommen.

Freiheit

Für Heimat, Identität und Vereinstätigkeit ist es wichtig, dass die Freiheitsrechte der Menschen als Bürger absolut rechtlich geschützt sind und durch entsprechende Gremien der Bürgerschaft überwacht werden. Wir sehen in der Freiheit des Einzelnen die Gewähr für eine Entfaltung der positiven Kräfte der Menschen. Gesellschaftliche Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich lassen sich nur in einer freiheitlichen



Demokratie erreichen. Demokratie braucht mündige Bürger, die bereit sind, sich für ihre Freiheit und das Wohlergehen der Allgemeinheit gleichermaßen einzusetzen. Wir wehren uns gegen einen überbordenden Staatsapparat, der den Menschen unzählige Vorschriften macht. Wir setzen uns für vereinfachte Verfahren und weniger Festsetzungen ein (Bürokratieabbau). Wir wollen verständliche und für den Bürger nachvollziehbare Regelungen und Formulare in den Bereichen des täglichen Lebens (z.B. Sozialsysteme, Verkehr, Abfallentsorgung). Wir stehen für Freiheit, mehr Selbstbestimmung und direkte Demokratie. Wir wollen selbst entscheiden und nicht aus der Ferne verwaltet werden. Spaltende Gendersprache lehnen wir ab. Sie trägt zur Frauenförderung NULL bei.

Wir setzen uns ein für den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht. Deutschland muss die Transferunion aufkündigen und zu einer stabilen Währung zurückkehren. Die Haftung für ausländische Banken lehnen wir ab.

Gesundheit

Gesundheitspflege und die Vorsorge für die umfassende Versorgung erkrankter Menschen unabhängig vom Wohnort sind zentrale, alltägliche Anliegen unserer Gesellschaft. Für diesen Bereich sozialer Sicherung ist die demografische Entwicklung eine große Herausforderung, weil einerseits die Zahl der beitragszahlenden Krankenkassenmitglieder sinkt, andererseits die höchsten Kosten im Gesundheitswesen naturgemäß in den zahlenmäßig wachsenden höheren Altersgruppen entstehen. Gesundheitsbewusstes Leben und kostenbewusster Umgang mit Leistungen muss für die Versicherten sichtbar werden und sich auszahlen. Wir setzen uns dafür ein, dass die medizinisch notwendige Versorgung für alle Bevölkerungsteile finanzierbar bleibt. „Polikliniken“ müssen eine gesundheitliche Basisversorgung auch in der Fläche sichern. Die einschränkenden Arztbudgets gehören abgeschafft. Dann reduzieren sich auch Terminprobleme und Wartezeiten. Dazu muss auch ein staatlich finanziertes System der hausärztlichen Grundversorgung, vor allem auch im ländlichen Bereich, geschaffen werden. Wir brauchen eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Gesundheitsleistungen, insbesondere Krankenhausleistungen, als Aufgabe der Daseinsvorsorge gilt es vorzuhalten. Krankenhäuser müssen keinen Gewinn erwirtschaften. Aus der Covid-Pandemie hat Deutschland auch in der Ausstattung u.a. mit Schutzausrüstungen, Intensivbetten usw. Lehren zu ziehen. Wir setzen uns für den Aufbau von wohnortnahen Systemen gut vernetzter altersgerechter, gerontologischer, pflegerischer und sozialer Betreuungsangebote im ambulanten, tagesbetreuten und stationären Bereich ein. Der Gedanke ambulanter flächendeckender Pflege, sollte immer Vorrang vor stationärer Pflege haben und gleich vergütet werden. Die häusliche Pflege sollte weiter gefördert und ausgebaut werden.

Heimatliebe

Heimat, Identität und Vereine sind die Wertebasis für ein freiheitliches Handeln. Heimat ist ein persönlich festgestelltes Lebensgefühl, was durch Familie, regionale Tradition und deren Weitergabe in der Familienabfolge geprägt wird. Das zeigt, es ist nicht staatlich festlegbar, aber als Regionalidentität wichtig um ein Staatsgefüge aufzubauen. Wenn den Menschen das Heimatgefühl negiert wird, beraubt sich der Staat seiner Grundlagen. Ein Ereignis wie man es bei der Zerstörung traditioneller Familienstrukturen erleben kann. Identität verbindet und stabilisiert Familien, Gruppen und Regionen. Ein Staatswesen muss ein Interesse haben, Heimat und Identität zu schützen und zu pflegen, wenn er es nicht tut, gibt er sich auf. Dieser Schutz und die Pflege kann besonders wirksam geschehen in Form von Vereinsarbeit, die an Themenvielfalt unschätzbaren Dienst an der Gesellschaft erbringt.

Wir wollen Kunst und Kultur aktiv pflegen und fördern und damit Tradition und Brauchtum bewahren und die geistigen und ethischen Werte unserer Heimat für nachfolgende Generationen sichern. Kulturelle Identität ist die Voraussetzung dafür, dass Bürger aktiv und kritisch am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist eine florierende Kultur- und Kreativwirtschaft. Neben der Förderung neuer Geschäftsmodelle bedarf es dabei unterstützender Maßnahmen im Bereich der Kompetenzentwicklung, Kapitalbeschaffung und Erschließung neuer Märkte. Eine regionalisierte Kulturpolitik mit dezentraler Entscheidungskompetenz



trägt dem Erhalt der kulturellen Vielfalt in den einzelnen Regionen am besten Rechnung.

Migrationspolitik

Die Themen Asyl und Migration von Arbeitskräften sind gesetzlich und tatsächlich strikt zu trennen. Menschen, die vorübergehend unseren Schutz vor Krieg und Gewalt benötigen, sollen diesen auch weiterhin so lange bekommen bis die Sicherheitslage in deren Heimatländern eine geordnete Rückkehr erlaubt. Die Rechtsgrundlagen zur Versorgung der Flüchtlinge sind grundlegend dahingehend zu ändern, dass keine künstlichen Anreize zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme mehr bestehen und damit zukünftig Staat und Kommunen entlastet werden. Personen ohne gültigen Aufenthaltstitel sind konsequent rückzuführen. Die Sicherheit unserer Bürger vor "importierter" Kriminalität jeglicher Art hat stets Priorität.

Alle Menschen müssen in Deutschland auf der Basis unserer Verfassung frei und in Sicherheit ihren Glauben ausüben können! Wir werden den Kampf gegen den politischen Islam entschieden führen. Falsche Toleranz ist fehl am Platz. Die Kommunen sollen zukünftig die Zahl der Migranten, ihre Auflagen, Rechte und Pflichten und die Dauer ihrer Integration selbst beurteilen und die entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Außerdem müssen die Kommunen das Recht erhalten, keine weiteren Migranten mehr aufzunehmen, wenn zum Beispiel die Integration der bereits aufgenommenen Migranten ihrer Einschätzung nach nicht vollzogen ist oder der Gemeinderat einen Zuzugsstopp beschlossen hat. Um Integration erfolgreich zu gestalten, braucht es eine befristete Residenzpflicht für Migranten. Es muss strikt zwischen geregelter Zuwanderung und temporärer Flüchtlingshilfe unterschieden werden.

Sicherheit

Es ist Aufgabe des demokratischen Gesetzgebers, durch verlässliche und gerechte gesetzliche Vorgaben einen Raum der Sicherheit und des Rechts zu schaffen. Wir wollen eine angemessene Balance zwischen bürgerlicher Freiheit und innerer Sicherheit wahren. Unsere Freiheitsgrundrechte sind die Grundlage unserer Staatsordnung. An ihr muss sich jeder staatliche Eingriff messen lassen. Wir sehen die garantierte Freiheit der Bürger aber auch als Herausforderung für jeden Einzelnen, verantwortungsvoll damit umzugehen. Freiheit bedeutet, sich frei bewegen zu können, ohne Angst zu haben, das Opfer einer Straftat zu werden.

Wir brauchen eine gut ausgebildete, bestens ausgerüstete, hochmotivierte, bürgernahe und konsequente Polizei. Wir wollen eine Grenzpolizei für die intensivere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Polizeibehörden, sowohl national, als auch international. Wir wollen den Wiederaufbau der flächendeckenden Struktur und der Personalstärke bis ins letzte Dorf.

Wir wollen härtere Strafen bei Gewalt gegen Amtsträger, insbesondere gegen alle Polizei- und Justizbeamte und Rettungskräfte. Terrorismus und Extremismus, egal ob von rechts oder links oder religiös motiviert, muss konsequent bekämpft werden. Wir wollen eine effektivere Bekämpfung der Geldwäsche und der organisierten Kriminalität und verstärkte Maßnahmen gegen den internationalen Drogenhandel. Ausländische Gefährder und Straftäter sind ausnahmslos abzuschleppen.

Die Finanzierung von Vereinigungen und Religionsgemeinschaften aus dem Ausland ist zu untersagen. Strafmaß und Strafmündigkeitsalter sind auf die aktuellen Bedürfnisse anzupassen.

Tierschutz/Artenschutz

Die Artenvielfalt in unserer Kulturlandschaft soll erhalten und artgerechte Tierhaltung in den Betrieben weiter ausgebaut werden. Artenschutz ist nicht teilbar. Landwirtschaftsbetriebe sind für deren Leistungen im Tierschutz und Artenschutz zu wertschätzen und finanziell zu unterstützen. Konflikte mit bestimmten Tierarten wie z.B. dem Wolf in der dicht besiedelten Kulturlandschaft Deutschlands sind mit Vernunft und Sachverstand zu lösen, ohne dass anderes Tier Leid wie massenhaft gerissene Schafe oder Alpakas die Opfer sind. Keine Art sollte privilegiert sein.



Der Staat hat Tierheime besser und vor allem nach einem sinnvollen Bedarfsplan zu unterstützen. Die ehrenamtliche Tätigkeit vieler Menschen ist hier verstärkt zu wertschätzen und mit Zuschüssen zu geleisteten Stunden zu untersetzen.

Die Hundesteuer ist abzuschaffen. Tiere sind Begleiter, die beim Menschen u.a. Gesundheitsrisiken und Depressionen mildern.

Das Schächten von Tieren aus religiösen Gründen wird abgelehnt. Mittlerweile gibt es wissenschaftlich fundierte Verfahren der Elektrobetäubung, die in Abstimmung mit religiösen Verbänden einem angemessenen Tierschutz bei der Schlachtung und dem Anliegen des Glaubens Rechnung tragen.

Der Bau von Schlachthöfen in den Bundesländern ist sinnvoll zu fördern, um unnötige lange Transporte von Schlachttieren zu vermeiden.

Vereine

Sport und Freizeitangebote haben in Deutschland einen sehr hohen Stellenwert. Getragen wird dies von Vereinen auf ehrenamtlicher Basis. Eine engere Zusammenarbeit von Schule, Sport und Vereinen ist nötig. Wir ermöglichen allen Kindern und Jugendlichen bzw. Auszubildenden die Teilnahme an einem Sportverein mit einer jährlichen Förderung von max. 250€. Wir fordern die kostenfreie Ausbildung von Kampfrichtern. Ehrenamt in der Vereinsarbeit soll zusätzliche Rentenpunkte bringen und nicht nur einen warmen Händedruck. Sportförderungen sind an den Kader eines Sportlers und nicht an die Größe des Vereins zu binden. Auch kleine Vereine können Talente entdecken und trainieren. Vereinsförderung gehört zu den freiwilligen Leistungen der öffentlichen Hand.

Wir sagen: Vereine sind Identität, Heimat, Gemeinsinn, Gesunderhaltung, fördern Bildung, Kreativität und Knowhow. Deshalb ist die Vereinsarbeit der Daseinsvorsorge zuzurechnen und somit muss der Aufgabe auch die Ausstattung verlässlich folgen.

Wohlstand

Alle Bürger haben das Recht auf eine ausreichende soziale Grundabsicherung. Dafür haben alle die Pflicht, verantwortungsbewusst und nicht missbräuchlich mit den Leistungen des Staates umzugehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Belastung der Bürgerschaft durch Steuern und Abgaben Spielraum für individuelle finanzielle Entscheidungsfreiheit belässt. Auch dies ist unverzichtbarer Bestandteil unseres Freiheitsverständnisses. Wir wollen mehr Netto im Brutto und die Kaufkraft steigern. Wir planen eine Überprüfung der bestehenden Subventionsregelungen und Fördermaßnahmen.

Deutschland hat nur eine Chance auf hochwertige Technologie und guten Wohlstand, wenn es eine flächendeckende Internet-Vernetzung gerade „bis zur letzten Milchkanne“ gibt. Das ist nicht nur eine Frage der Lebensqualität, sondern eine vitale wirtschaftliche Frage. Deutschland hat grandios die neuen Technologien im Bereich der Kommunikation von Firma zu Kunde verschlafen.

Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze. Eine höhere Wertschöpfung ist durch den Anbau von Gemüse zu erreichen. Dafür müssen die subventionierten Importe, aus teilweise sehr weit entfernten Regionen (die Abholzung des Regenwaldes muss gestoppt werden), unterbunden werden. Die weltweiten Agrarsubventionen führen zu völlig verzerrten Wettbewerbssituationen und vernachlässigen komplett die in der Landwirtschaft typischen unterschiedlichen natürlichen Standortbedingungen.

Regional beauftragen und kaufen, hilft regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken.

Zur Bekämpfung von Steuervermeidung multinationaler Konzerne setzen wir uns für die Besteuerung am Ort der Wertschöpfung und nicht nur des bilanziellen Gewinns ein.

Beschlossen am 31.Januar 2021 zur Gründung der Partei Bürgerallianz Deutschland